



Glück: Wir haben die Verpflichtung, unseren Reichtum in den Dienst einer sinnvollen Sache zu stellen

Ostafrikanisches Land braucht nachhaltige Hilfe von Zivilgesellschaft und Wirtschaft - In einer Landtagsdebatte über die Partnerschaft mit Burundi sagte der Sprecher für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Andreas Glück, dass „wir eine moralische Verpflichtung dafür haben, unseren Reichtum in den Dienst einer sinnvollen Sache zu stellen“. In diesem Sinne sei die Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi für ihn ein Grund zur Freude. Hilfe für arme Länder sei Konsens in der FDP. So habe der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, Ende des Jahres 2009 die finanzielle Unterstützung für Burundi von 22,5 auf 27,5 Millionen Euro erhöht. In der Folge des Bürgerkriegs sei es besonders notwendig, der dortigen Bevölkerung Zugang zu funktionierenden Wasserversorgungssystemen zu verschaffen. Auch Mittel für regionale und klimafreundliche Energieprojekte wurden zur Verfügung gestellt.

Wie Glück sagte, habe er mehrere Monate seines Lebens in Bosnien, Kenia oder Gambia mit der Betreuung von Strukturhilfeprojekten zugebracht. „Glauben Sie mir, in der Entwicklungszusammenarbeit der Vergangenheit wurde den Menschen und Regierungen vor Ort zu viel Handaufhalten und zu wenig Tatkraft zugetraut.“ Glück sagte weiter, dass es unmöglich sei, ein Land von außen zu entwickeln. Deshalb sei nachhaltige Hilfe angesagt, mit Engagement aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Glück weiter: „Es ist in diesem Zusammenhang gerechtfertigt von beidseitigem wirtschaftlichen Interesse zu sprechen. Weder wir in Baden-Württemberg noch der Bund können diese Probleme lösen. Deshalb mussten wir vom asymmetrischen Geben und Nehmen wegkommen. Wir brauchen beidseitiges wirtschaftliches Interesse, dieses Engagement wirkt stärker und nachhaltiger.“